

# Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Stuttgart, den 16.11.2006

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

über Mitglieder der GEW aus NRW haben wir von Eurem Widerstand gegen die massiven Verschlechterungen für neu eingestellte LehrerInnen erfahren.

Wir erklären Euch hiermit unsere uneingeschränkte Solidarität.

Die im "Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di" zusammengeschlossenen Kolleginnen und Kollegen sind von Anfang an gegen die Abschaffung des BAT und den Absenkungstarifvertrag TVöD/TV-L eingetreten. Wir betrachten diese Tarifabschlüsse als die größte Niederlage der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in der Nachkriegszeit.

Die Verantwortung für diese Niederlage tragen einzig und allein die Vorstände von ver.di, GEW und der anderen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst. Sie haben die Argumente von Wettbewerbsfähigkeit und leeren öffentlichen Kassen zur Richtschnur der Tarifpolitik gemacht. Sie haben die Angriffe auf die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen (Erhöhung der Arbeitszeit, Streichung Urlaubs- und Kürzung Weihnachtsgeld) akzeptiert. Sie haben keinen Widerstand organisiert, als die Länder 2003 die Tarifverträge für das Urlaubsgeld und ein Jahr später für die Arbeitszeit gekündigt haben.

Dass es eine grundsätzliche Bereitschaft zum Widerstand gegen Lohnraub und Arbeitszeitverlängerung gibt, hat sich in den letzten Jahren mehrmals gezeigt. Auch in NRW! Im April 2003 demonstrierten 10.000 BeamtInnen in Düsseldorf für höhere Besoldung und gegen Kürzungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld. Verbeamtete Feuerwehrleute erklärten ihre Streikbereitschaft. Im September des gleichen Jahres demonstrierten 45.000 ArbeiterInnen, Angestellte und LandesbeamtInnen in der Landeshauptstadt gegen die Angriffe der damaligen Steinbrück-Regierung. Dass verbeamtete LehrerInnen streiken können, hat sich bereits vor Jahren bei LehrerInnenstreiks in Hessen und Hamburg gezeigt. Am „Tag der Verweigerung“ in Hessen, am 18.11.2003, haben sich 65.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes beteiligt. Das war defacto ein eintägiger Streik an dem sich auch Beamte aus Schulen und sogar der Polizei beteiligt haben.

Durch Kündigung der Lohn- und Gehaltstarifverträge durch die Gewerkschaften auf Anfang 2005 hätte es die Möglichkeit gegeben, einen bundesweiten Streik im gesamten öffentlichen Dienst zu organisieren. In diesen Streik hätten auch die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen einbezogen werden können. Durch einen gemeinsamen Streik aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes könnten alle Angriffe auf Arbeitszeit, Löhne, Gehälter und Besoldungen gemeinsam zurückgeschlagen und Verbesserungen durchgesetzt werden. Auf diese Möglichkeit hat die Gewerkschaftsführung bisher bewußt verzichtet. Die Folge davon: TVöD, TV-L, Beamtenrechtsreform, Föderalismusreform.

Nachdem TVöD und TV-L eingeführt wurden, entwickelt sich bei immer mehr Beschäftigten im öffentlichen Dienst Wut und Zorn. Sie machen die Erfahrung, dass das neue Tarifrecht im öffentlichen Dienst ihr Leben nicht, wie von ver.di behauptet, vereinfacht, sondern enorm verkompliziert.

Alle Kolleginnen und Kollegen, die versuchen Tarifsenkungen abzuwehren, tun dies zu recht. Die Ärzte haben den Anfang gemacht. Jetzt folgen die Referendare in NRW.

Euer Kampf stimmt uns optimistisch, dass der Druck auf die Gewerkschaftsführung steigt, die neuen Tarifverträge zu revidieren. Wir sollten gemeinsam dafür kämpfen, dass spätestens in der nächsten Tarifrunde im öffentlichen Dienst, Anfang 2008, ein offensiver Kampf für höhere Gehälter, kürzere Arbeitszeiten und bessere Arbeitsbedingungen geführt wird. Denn wie sagte noch der GEW-Vorsitzende Andreas Meyer-Lauber bei der Demo gegen Studiengebühren am 21.05.06 in Düsseldorf: Geld ist genug da, es haben nur die Falschen“.

Mit solidarischen Grüßen

Alexander Brandner , Mitglied des Sprecherrates

Weitere Informationen und Kontaktadressen auf unserer Homepage unter:

[www.netzwerk-verdi.de](http://www.netzwerk-verdi.de)

[info@netzwerk-verdi.de](mailto:info@netzwerk-verdi.de)